

PROTESTE IN LÜTZERATH

Die 1,5-Grad-Grenze

Tessy Troes und Lisa Urbany

Zwei Autostunden von Luxemburg entfernt kämpfen Klimaaktivist*innen um den Erhalt eines Dorfes – gegen den Energiekonzern RWE, die Polizei und den eigenen Staat. Leichtsinzig gehen sie dabei nicht vor.

Der Wecker klingelt in Keyenberg. „Gestern waren wir auch um diese Zeit los, oder?“ sagt jemand aus dem Zelt nebenan. Wir schreiben den 7. Januar, fünf Uhr morgens, auf einem improvisierten Camping in Nordrhein-Westfalen. Keyenberg ist ein Nachbardorf nordöstlich von Lützerath, dem Braunkohledorf, dessen Abriss imminenz und in aller Munde ist. Auf dem örtlichen Fußballplatz befindet sich seit ein paar Tagen ein Camping für alle, die die Initiative „Lützerath lebt“ aus der Nähe unterstützen wollen. Der Platz ist von den Behörden bis zum Ende der Rodungssaison genehmigt, aber nicht ausgeschildert. Den Weg dorthin findet man dank der zahlreichen „Bitte leise sein, hier leben Nachbarn“-Zeichen.

Am Eingang zum Sportplatz wird man nur begrüßt, nicht kontrolliert, sein Zelt darf man in einer dafür vorgesehenen Parzelle im Matsch aufrichten. Wie viel Geld die Gemeinde wohl ausgeben muss, um dieses Fußballfeld wieder auf Vordermann zu bringen, geht es mir durch den Kopf. Dann erinnere ich mich wieder daran, dass wir uns im Rheinischen Revier befinden und der Energiekonzern RWE am liebsten all diese Dörfer für den Kohleabbau abreißen würde.

Man könnte meinen, man wäre auf einem Musikfestival. Leute lachen am Lagerfeuer, dazu läuft gemütliche Musik. Doch anstatt ihre Lieblingsbands zu hören, begeben sich diese Menschen schon vor dem Morgengrauen

nach Lützerath, um an Barrikaden der Polizei zu trotzen und das Dorf vor dem Abriss zu schützen.

Bleiben alle Dörfer?

Seit fast zwei Jahren bereiten sich Aktivist*innen in und um Lützerath auf den „Tag X“ vor. Sie haben hier die 1,5-Grad-Grenze ausgerufen, die nicht überschritten werden darf. Die 1,5-Grad-Grenze, in Anlehnung an den Deal aus dem Pariser Klimaabkommen, demnach die Erderwärmung 1,5 Grad nicht überschreiten soll. Da Lützerath an der Kante vom Tagebau Garzweiler II liegt und verschwinden soll, damit der Energiekonzern RWE weitere Millionen Tonnen Braunkohle aus der Erde ziehen kann, wurde es zum Symbolort der deutschen Klimabewegung. Die Bilder an der Grube grenzen an Dystopie: Die Polizist*innen, die die RWE-Bagger nachts vor Klimaaktivist*innen schützen, sehen aus wie die Stormtrooper aus einem Star Wars-Film. Sie beschützen ein 200 Meter tiefes, 48 Quadratkilometer großes Loch, das eine ganze Landschaft verschluckt hat.

Um uns selbst ein Bild von der Größe des Tagebaus Garzweiler zu machen, wollen wir am Vorabend zum nördlichsten Aussichtspunkt. Dort begrüßt uns aber ein netter RWE-Mitarbeiter in gebrochenem Deutsch: Der Aussichtspunkt sei temporär geschlossen, „Ich weiß auch nicht wieso“. Ein Polizeiauto ist uns gefolgt, der Securitymann zeigt auf das Auto und sagt, es wäre so von ihnen verordnet worden.

Am Morgen dann, wir brechen kurz nach neun Uhr auf und nehmen eines der selbstorganisierten Shuttles: Autos, die zwischen den Dörfern hin- und herfahren und Leute Richtung

Lützerath bringen. Die meisten Landstraßen nach Lützerath seien schon von der Polizei gesperrt worden, erklärt uns der junge Fahrer. Er lässt uns neben einem Feld raus, als Wegbeschreibung gibt er uns ein „Der Bagger grüßt euch“ mit auf den Weg. Vorbei an einer Handvoll privater Sicherheitskräfte laufen wir auf eine Halle zu, auf der „Alle Dörfer bleiben“ steht.

Das Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ wurde 2018 gegründet, mit dem Ziel „alle von Zerstörung für Braunkohle bedrohte Dörfer in Deutschland zu retten und so dafür zu sorgen, dass die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte 1,5-Grad-Grenze nicht überschritten wird.“ Betroffen sind Dörfer aus den drei Braunkohle-Regionen Rheinland, Lausitz und Leipziger Land. In letzterer Region konnte das Bündnis schon Erfolge feiern: Im Januar 2021 nämlich kam es zu einer Einigung, dass die Dörfer Pödelwitz und Obertitz erhalten bleiben und nicht wie geplant 2028 abgerissen werden. 13 Jahre Widerstand, so heißt es auf der Website von „Alle Dörfer bleiben“, habe man geleistet.

Nach etwa zwanzig Minuten laufen werden wir am Dorfeingang Lützerath von einer ersten Barrikade begrüßt. Verziert ist sie mit den so typisch ironischen Aktivist*innensprüchen. Auf dem Weg hinter der Barrikade werden die Pflastersteine gerade herausgerissen, um die Barrikade weiter zu verstärken. Gasflaschen sind in den Weg einbetoniert, metertiefe Löcher unterbrechen diesen. Es sieht aus, als hätte hier schon eine Schlacht stattgefunden, dabei steht sie noch aus.

Lützerath war ein verschlafener Weiler der Stadt Erkelenz, genau zwischen Aachen und Düsseldorf gelegen. Seine Geschichte geht zurück bis ins 12. Jahrhundert, drei Denkmäler gibt

„Die Zerstörung des Dorfes ist daher weder energiewirtschaftlich noch energiepolitisch notwendig, sondern geschieht primär, um den Gewinn von RWE zu erhöhen.“

Forschungsgruppe FossilExit



Die Mahnwache an der Tagebaukante ist für die Aktivist*innen, die Lützerath vor dem Kohlebagger retten wollen, ein beliebter Ort zum Kaffeetrinken.

es hier: einen Backsteinhof, ein Wegekrenz und ein Grabkrenz. Vor 25 Jahren dann kommt die politische Entscheidung, den Tagebau Garzweiler für den Zeitraum 2001 bis 2045 zuzulassen. Das Projekt ist nicht unumstritten. Ortschaften sollen für den Tagebau geräumt werden, auch Lützerath gehört dazu. Im Sommer 2002 werden die Bewohner*innen befragt, ob sie mit an einen neuen Ort ziehen würden. 66 Prozent der Befragten konnten sich das vor 20 Jahren vorstellen. Das Leben am Tagebau ist nicht das bequemste: Es gibt viel Staub, viel Lärm und kein Grundwasser. Wenn Menschen freiwillig für Tagebau Platz machen, fühlt es sich auch immer ein bisschen wie eine „self-fulfilling prophecy“ an. Zusammen mit den Nachbardörfern Pesch und Immerath sollen 301 Anwesen Garzweiler zum Opfer fallen. Die ersten 22 davon sind schon 2007 an RWE verkauft worden, zwei Jahre später werden die ersten Häuser in Pesch abgerissen.

Das neue Jahrzehnt bringt aber auch eine Wende in der Politik. Im März 2014 kündigt die rot-grüne Landesregierung eine Verkleinerung der zukünftigen Tagebaufläche an. 2020 dann wird deutschlandweit ein Kohleausstieg bis 2038 entschieden. Doch wer glaubt, Lützerath wäre dadurch gerettet, irrt: Im gleichen Jahr beginnt

RWE mit den Abrissarbeiten im Dorf. Es ist der Anfang des Protestes, wie wir ihn heute sehen können: Häuser werden besetzt, eine Mahnwache wird eingerichtet und ein Protestcamp im Hofe des Bauern Eckhardt Heukamp aufgebaut.

Der Bauer wird zum ersten Märtyrer des „Lützerath lebt“-Protestes. Während zwei Jahren wehrt er sich in allen möglichen Instanzen gerichtlich gegen seine Enteignung und verkauft seinen Hof erst im Frühjahr 2022 an den Energiekonzern.

Kohle für RWE

Beim Dorfspaziergang wird schnell klar: Wollte RWE das Dorf auslöschen, so hat der Konzern nur das Gegenteil erreicht. Ein Dorf im Dorf ist entstanden, mit eigenen Vierteln, Baumhäusern, Zeltplätzen, WGs, Anlaufstellen. Mehr als 200 Leute haben hier ihren Platz gefunden.

Hier trifft man eine diverse Gruppe an Menschen jeden Alters an. Besonders die Mahnwache, direkt an der Tagebaukante, ist ein beliebter Ort zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Eine erste polizeiliche Einschätzung der letzten Woche hatte angegeben, dass der Großteil der Bewegung bürgerlich sei, man erwarte jedoch auch einige gewaltbereite Menschen im Dorf.

Das Dorf soll verschwinden, weil Kohle unter Lützerath liegt. Die Frage ist: Kohle für wen? Die Forschungsgruppe FossilExit, bestehend aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Forscher*innen deutscher Universitäten, kommt zu dem Schluss: „Die Zerstörung des Dorfes ist daher weder energiewirtschaftlich noch energiepolitisch notwendig, sondern geschieht primär, um den Gewinn von RWE zu erhöhen.“ Für eine ausreichende Kohleversorgung der nächsten Jahre werde die Kohle unter Lützerath nicht benötigt. „Das Vorkommen unter der Ortschaft Lützerath ist zudem für RWE betriebswirtschaftlich günstiger abzubauen, als den Tagebau ausschließlich im südlichen Feld weiterzuentwickeln, da hier das Kohle-Abraumverhältnis etwas schlechter ist.“ Das DIW stellt weiter fest, dass im Tagebau Garzweiler und Hambach genügend Kohle bis zum Ausstieg in NRW 2030 vorhanden ist. Braunkohle war lange Zeit Deutschlands wichtigster Energieträger – doch im Vergleich zu Alternativen wie Solar- und Windenergie entsteht bei der Verbrennung von Braunkohle mit Abstand mehr CO₂.

Niklas Höhne, Klimaexperte und Autor der IPCC-Berichte, sagte gegenüber dem ZDF, dass es nicht um Lützerath gehe, sondern vielmehr „ob wir bereit sind, als Gesellschaft an-

tionierte Klimapolitik zu machen“. Die Aktivist*innen fordern, dass noch einmal neu um Lützerath verhandelt wird. Raphael Thelen, der als langjähriger Klimajournalist offiziell zur Aktivist*innengruppe „Letzte Generation“ gewechselt ist, schreibt in einem Tweet: „Hier entscheidet sich, ob Europas Werte für mehr als politische Sonntagsreden taugen.“

Kaffeetrinken am Abgrund

„Lützi“, wie das Dorf in Anspielung an den Hambacher Wald – „Hambi“ – mittlerweile genannt wird, hat eine neue Dorfstruktur: Mehrere Dorfviertel wurden gegründet, mit Namen wie Zeltwiese, Paula, Im Wäldchen oder Phantasialand. Es gibt selbstkonstruierte Tiny Houses auf Stelzen, eine dekolonialistische Bibliothek und Baumhäuser – viele Baumhäuser. Diese Plattformen, die miteinander im ganzen Dorf verbunden sind, werden schlussendlich die Lebensversicherung der Aktivist*innen in Lützerath sein, da die Polizei nur schwer an diese herankommt. An den Klettergerüsten hört man oft auch Englisch: Spätestens hier wird klar, dass nicht nur Deutsche in Lützerath präsent sind.

In den großen Hallen am Dorfeingang wird den ganzen Tag über gekocht. Beim Essen wird hier über an-

THEMA



Fast wie ein Musikfestival wirken die Strukturen der Klimaaktivist*innen in Lützerath. Doch die drohende Räumung durch die Polizei ist stets am Horizont.

stehende Aufgaben geschnackt und darüber diskutiert, wie wichtig es als Aktivist*in ist, sich auch mal eine Auszeit zu nehmen.

Gleich neben der Mahnwache, auf der anderen Seite des Dorfes, gibt es eine Anlaufstelle, die alle wichtigen Fragen für neuangekommene Aktivist*innen beantwortet: Wo kann ich übernachten? Welcher Gruppe kann ich mich anschließen? Welche Workshops sind für die nächsten Tage geplant? Welche Alarmstufen gibt es im Falle eines polizeilichen Angriffes?

Insgesamt ist Kommunikation eine der Stärken dieser Protestbewegung. Auf Twitter gibt es mehrere Konten, die tagtäglich über die Geschehnisse inner- und außerhalb des Dorfes berichten. In einem selbstproduzierten Video geht Dina Hamid von der Gruppe Ende Gelände selbstbewusst an den Barrikaden und der Polizei vorbei, erklärt sachlich, was die legalen Gefahren bei dieser Protestaktion sind und fordert die Leute auf, trotzdem nach Lützerath zu kommen. Die digitale Sprache ist sehr nah am User; ein kürzlich gegründetes Aktionsbündnis, bei dem sich Gruppen wie Fridays for Future der Initiative „Lützerath lebt“ anschließen, sendet noch einmal ein stärkeres „Wir gegen die Bösen“-Signal.

An einem weiteren Eintrittspunkt zum Dorf ist zu lesen: „Hier kommen nur Menschen mit Gewissen rein“.

Die Kommunikationsstrategie scheint sich in den letzten Tagen auszuzahlen, denn immer mehr Menschen strömen ins kleine Dorf in Nordrhein-Westfalen. Gar Tausende finden sich für ein Konzert der Kölner Band AnnenMay-Kantereit am 8. Januar – symbolträchtig vor der Tagebaukante – ein und hören „Wer jung genug ist, wird den globalen Süden brennen sehen“ zu. Klimaaktivistin Luisa Neubauer ist vor Ort. Es wird zusammen gefeiert, doch der Ernst der Lage ist einem allzeit bewusst: Ein Blick Richtung Tagebau reicht, um jederzeit mehrere Dutzend Polizeiautos zu sehen.

Polizeitaktik: Hektik

Welche Bilder in den nächsten Tagen aus Lützerath kommen werden, wird vor allem in den Händen der Polizei liegen. Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach sieht die Räumung Lützerath als „schwierigen, herausfordernden Einsatz mit erheblichen Risiken“. Seit Dienstag, dem 10. Januar ist die Mahnwache abgelaufen. Damit gilt eigentlich Betretungsverbot auf dem Gelände Lützerath. Besonders pikant: Weinspach ist Mitglied der grünen Partei und gilt als „linksliberaler“ Polizeichef. Er betonte mehrfach, dass seine Parteimitgliedschaft keine Auswirkung auf polizeiliche Entscheidungen habe: „Ein Staat, wo jeder Polizist nach eigenem Gusto politisch oder

behördlich zustande gekommene Entscheidungen umsetzt oder auch nicht, das wäre ein Willkür-Staat, in dem will keiner leben.“

Mit bis zu vier Wochen Widerstand rechnet die Polizei, unterstützt wird sie dabei von Einsatzhundertschaften aus mehreren anderen Bundesländern. Spiegel-Journalist*innen meinen sogar, „je länger die Räumung dauert, desto größer werden die Erfolgchancen der Demonstranten“.

Dies erklärt vielleicht auch die Härte, mit der die Polizei am 11. Januar ein erstes Mal ins Dorf einbrach. Journalist*innen vor Ort sprachen von chaotischen Zuständen in den frühen Morgenstunden. Das hektische Vorgehen wird von Klimaaktivist*innen schwer kritisiert, da genau solche Zustände im Hambacher Wald zu einem Todesfall geführt hatten (siehe woxx 1494).

In den ersten 24 Stunden der Räumung gelang es der Polizei ins Dorf einzudringen, verschiedene Barrikaden aufzubrechen und Aktivist*innen in Bussen, die von RWE bereitgestellt wurden, abzuführen. Die Initiative „Lützerath lebt“ wirft der Polizei vor, Menschen auf über 2,5 Meter Höhe illegalerweise von nicht dazu ausgebildeten Beamten herunterzuholen. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union kritisiert die mehrfache Behinderung der Pressefreiheit: Zahlreichen Journalist*innen sei

der Zugang zum Dorf verweigert und manche von der Polizei angegriffen worden.

Das Aktionsbündnis „Lützerath unräumbar“ ruft zur Großdemo am 14. Januar auf, zu der Leute aus ganz Deutschland anreisen werden. Ein erster Aktionstag soll am 17. Januar folgen. In Lützerath bestenfalls, im Falle einer Räumung in Keyenberg.

Keyenberg ist auch dort, wo unsere Reise im Rheinischen Braunkohlerevier endet. Neben der Hauptstraße findet man eine kleine Tafel, auf der zu lesen ist: „Was weder der 30-jährige Krieg noch die französische Herrschaft 1794-1814 geschafft haben, wollen die RWE-Bagger vollbringen. Keyenberg soll bis 2026 vollständig zerstört werden. Soll, denn es gibt Menschen im Dorf, die bleiben wollen.“

Die Tafel kann nun verbessert werden: Als RWE, NRW und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im Oktober 2022 verkündeten, dass Lützerath nun doch abgerissen werde, wurde auch bekannt gemacht, dass im Gegenzug fünf Ortschaften, darunter Keyenberg, erhalten werden. Ein schwacher Trost für jene, die zusehen müssen, wie der Bagger die 1,5-Grad-Grenze überschreitet.

Der Artikel beschreibt die Situation in Lützerath bis zu Redaktionsschluss am 12. Januar 2023 gegen 15 Uhr.